

BRD fast 40 Prozent. Die Rüstungsausgaben der NATO-Staaten sind von 1955 bis 1975 von 54,16 Mrd. Dollar auf 149,28 Mrd. Dollar, darunter die der USA von 40,51 Mrd. Dollar auf 90,94 Mrd. Dollar und die der BRD von 7,33 Mrd. DM auf 37,58 Mrd. DM gestiegen. Im Jahre 1976 stiegen die Rüstungsausgaben der NATO-Staaten gegenüber 1975 auf 150,3 Prozent. Im Jahre 1977 erreichten die Rüstungsausgaben dieser Staaten die Höhe von 353 Mrd. DM. Das bedeutet, daß 1977 jeder Bürger der USA 391 Dollar, jeder Bürger der BRD 264 Dollar und die Bürger der übrigen NATO-Staaten durchschnittlich je 169 Dollar für die Rüstung aufbringen mußten. Im Jahre 1978 gaben die Staaten der NATO 176 Mrd. Dollar für die Rüstung aus. 1979 erreichen die Rüstungsausgaben der USA 134 Mrd. Dollar und die der BRD 59 Mrd. DM. Mehr als ein Viertel des Staatshaushaltes der BRD sind Ausgaben für die Rüstung. Die Beschlüsse der NATO beinhalten die weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben um viele weitere Milliarden Dollar und neue für Jahrzehnte berechnete Programme zur Entwicklung der Streitkräfte der NATO-Staaten sowie deren Umrüstung auf neue Arten von Massenvernichtungswaffen.

Ein weiterer Ausdruck der Aggressivität der imperialistischen Staaten sind die Waffenexporte. Die USA haben 1978 Waffen für 23,2 Mrd. Dollar exportiert; vorrangig an reaktionäre militärische oder rassistische Regimes. Unter der Bezeichnung „Militärhilfe“ tätigen die USA beispielsweise umfangreiche Waffenlieferungen an Israel, Chile, Südafrika und Südkorea.

Eine entscheidende Triebkraft für die Verschärfung des aggressiven und reaktionären Wesens des imperialistischen Staates ist das Wirken des militärisch-industriellen Komplexes. (Vgl. 7.3.2.)

Die Aggressivität des imperialistischen Staates äußert sich nicht nur auf militärischem Gebiet. Sie wird auch in Form von psychologischer Kriegführung und ideologischer Diversion gegen die sozialistischen Länder und die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen ausgeübt.

Funktion der Erhaltung und Ausdehnung der Einfluß- und Herrschaftssphäre der staatlich herrschenden Monopole

Der staatsmonopolistische Kapitalismus führt zur Verschärfung der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern. Objektive Grundlage hierfür ist das Wirken des Gesetzes der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder. In den Beziehungen zwischen imperialistischen Staaten wirken nach wie vor die Prinzipien des Monopols, der Herrschaft und Unterordnung, der Verteilung und Neuverteilung der Macht- und Einflußsphären. Weder der Prozeß der imperialistischen Integration noch die gegen den Sozialismus gerichtete Partnerschaft der imperialistischen Staaten beseitigen die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten. Mit den USA, Westeuropa und Japan haben sich Hauptzentren imperialistischer Rivalität herausgebildet, die in scharfe wirtschaftliche und politische Konkurrenzkämpfe verstrickt sind. Der Kampf der imperialistischen Staaten, die Welt neu aufzuteilen und die Einflußsphären umzuverteilen, nimmt zum Teil neue Formen an, vor allem deshalb, weil nationale Monopole der einzelnen Länder sich zunehmend auf den Staatsapparat stützen und ihn zur wirtschaftlichen Expansion ausnutzen. Für imperialistische Staaten der Gegenwart ist das Bestreben kennzeichnend, einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg der ehemaligen Kolonien zu verhindern. Das bestimmt den Neokolonialismus mit seinen veränderten Expansionsmethoden : imperialistische Hilfsprogramme gegenüber diesen Ländern; deren Einbeziehung in aggressive